

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX

Erster Teil. Eine kurze Einführung 1

§ 1 Erkenntnisinteresse	2
§ 2 Methodologie	7
§ 3 Der Begriff der Europäisierung.....	21

Zweiter Teil. Grundlagen der Europäisierung – Ein historischer Überblick 31

§ 4 Die politische und die juristische Integrationsgeschichte im Kontrast	32
§ 5 Der EuGH als „Motor der Europäisierung“ in historischer Darstellung	86
§ 6 Der EuGH als pragmatischer „political player“	138

Dritter Teil. Die Rechtswissenschaft und das Gemeinschaftsrecht..... 169

§ 7 Juristische Zeitschriften als „Spiegel“ der Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts in der Rechtswissenschaft.....	171
§ 8 Die rechtswissenschaftliche Befassung mit dem Gemeinschaftsrecht – eine Chronologie der Inhalte.....	187
§ 9 Periodisierung und Einordnung der rechtswissenschaftlichen Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts	231
§ 10 Europäisierung der Juristenausbildung: Die Kenntnis deutscher Juristen vom Gemeinschaftsrecht	254

Vierter Teil. Die Europäisierung der drei Gewalten..... 301

§ 11 <i>Europäisierung der Legislative</i>	304
§ 12 <i>Europäisierung der (Ministerial)Verwaltung</i>	349
§ 13 <i>Europäisierung der Justiz</i>	384

**Fünfter Teil. Theoretischer Rahmen und Systematisierung
der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts..... 431**

§ 14 <i>Notwendigkeit neuer theoretischer Konzepte und Charakterisierung des Verbundes von nationalem und gemeinschaftlichem Recht als föderale Ordnung</i>	432
§ 15 <i>Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht</i>	451

Sechster Teil. Das europäisierte deutsche Recht 487

§ 16 <i>Die zentralen Ergebnisse dieser Arbeit</i>	488
§ 17 <i>Das europäisierte deutsche Recht</i>	492
§ 18 <i>Der Umgang mit dem europäisierten deutschen Recht</i>	495

Literaturverzeichnis	501
Entscheidungsregister	566
Sach- und Personenregister	574

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht.....	VII

Erster Teil. Eine kurze Einführung	1
--	---

§ 1 Erkenntnisinteresse	2
-------------------------------	---

§ 2 Methodologie.....	7
-----------------------	---

A. Interdisziplinarität und das Zauberwort der „Anschlussfähigkeit“	7
---	---

B. Intradisziplinäre Offenheit der Arbeit	11
---	----

C. Das Verständnis des geltenden europäisierten deutschen Rechts aus seiner geschichtlichen Entwicklung	12
--	----

I. Der wissenschaftliche Anspruch geschichtlicher Forschung als solcher	13
--	----

II. Die Ergänzung historischen Wissens um juristisches Wissen	13
---	----

III. Der praktische Nutzen historischer Betrachtung.....	14
--	----

IV. Der Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Jurisprudenz	16
--	----

V. Die Gefahr des Historizismus	17
---------------------------------------	----

D. Empirische Abbildung des <i>law in action</i>	18
--	----

E. Eine historisch-empirische Studie.....	20
---	----

§ 3 Der Begriff der Europäisierung	21
--	----

A. Verwendung des Begriffs der Europäisierung	21
---	----

B. Begriffsklärung „Europäisierung“	23
---	----

I. „Europäisierung“: Nicht nur bloße Veränderungen von Normtexten, sondern die faktische Veränderung der Staatsgewalt.....	24
--	----

II. „Europäisierung“: Nicht nur bloßer Wandel einzelner Rechtsgebiete, sondern Wandel der gesamten Rechtsordnung	25
--	----

III. „Europäisierung“: Nicht nur einseitiger Vorgang, sondern wechselseitige Beeinflussung.....	26
--	----

IV. Europäisches Recht: Nur Gemeinschaftsrecht oder auch anderes europäisches Recht (insbes. EMRK)?	26
C. Das dieser Arbeit zugrundeliegende Begriffsverständnis: Europäisierung als „EU-isierung“ der gesamten Rechtsordnung	27
I. Quantitatives Begrenzungsargument	28
II. Qualitatives Begrenzungsargument	28
 Zweiter Teil. Grundlagen der Europäisierung – Ein historischer Überblick	31
 § 4 Die politische und die juristische Integrationsgeschichte im Kontrast	32
A. Die Geburt der Supranationalität: <i>Schuman</i> -Plan und Montanunion	34
B. Der gescheiterte Anlauf zu militärischer und politischer Integration: Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)	37
C. Wirtschaftliche Integration: Die Römischen Verträge (EWG und Euratom)	44
D. Neuer Anlauf zu politischer Einigung?: Der <i>Fouchet</i> -Plan und die Europäische Politische Union (EPU) sowie <i>Van Gend & Loos</i> und <i>Costa/E.N.E.L</i>	47
E. Keine Mehrheitsentscheidung: <i>De Gaulles</i> „Politik des leeren Stuhls“ und der „Luxemburger Kompromiss“	50
F. Aufbruch in den frühen 70er Jahren	55
G. Krisenzeit seit Mitte der 70er bis in die 80er Jahre: „Eurosklерose“	59
H. Aufbruch zu neuen Ufern: Einheitliche Europäische Akte, Binnenmarktprojekt und Schengener Abkommen	66
I. Mühsamer Umbau des Europäischen Hauses seit den 1990er Jahren: Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza	69
J. Das neue Jahrtausend: EU-Osterweiterung und Europäische Verfassung	78
K. Zusammenfassende Beobachtungen	82
I. Der „aleatorische Charakter“ des Integrationsprozesses: keine zwangsläufige Entwicklung zu immer mehr Integration	82
II. Das Krisenhafte des Integrationsprozesses	83
III. Wesentliche Impulse für den Integrationsprozess durch die Rechtsprechung des EuGH	84
IV. Kein antizyklisches Verhalten des EuGH	84

§ 5	Der EuGH als „Motor der Europäisierung“ in historischer Darstellung	86
A.	Die historische Entstehung des Gerichtshofes: Grundentscheidungen und Entwicklungspfade.....	90
I.	Die Verhandlungen über einen Gerichtshof der Montanunion	91
1.	Die grundsätzliche Entscheidung für einen Gerichtshof.....	92
2.	Die Kompetenzen des Gerichtshofes.....	94
a.	Legalitäts- vs. Opportunitätskontrolle	94
b.	Die Individualbeschwerde	95
c.	Das Vorabentscheidungsverfahren	96
3.	Zusammenfassung	97
II.	Die Urteile des Gerichtshofes der Montanunion	97
1.	Direkte Anwendbarkeit des EGKS-Vertrages	98
2.	<i>Effet utile</i> und <i>implied powers</i>	99
3.	Extensive Zulassung der Individualbeschwerde	101
4.	Ansätze einer Staatshaftung und Vorrang des Gemeinschaftsrechts.....	103
5.	Die juristische Befassung mit den ersten Urteilen des Gerichtshofes der Montanunion.....	105
6.	Zusammenfassung	106
III.	Änderungen an der Konzeption des EuGH im EWG-Vertrag im Vergleich zum EGKS-Vertrag	107
1.	Synopse der Veränderungen vom EGKS- zum EWG-Vertrag.....	107
2.	Die Veränderungen im Einzelnen	111
a.	Neue und weggefallene Klagearten	111
b.	Individualbeschwerde	112
c.	Vorabentscheidungsverfahren	112
3.	Zusammenfassung: „Prozess des Erlernens von Supranationalität“	114
IV.	Die weitere Geschichte des EuGH	114
V.	Zusammenfassung der Entwicklung des EuGH: Entwicklungspfade	116
B.	Die für die Europäisierung zentralen Prinzipien des EuGH in ihrem historisch-politischen Zusammenhang	117
I.	Direktwirkung und Vorrang: Van Gend en Loos und Costa/E.N.E.L.....	118
1.	Historischer Kontext: Der Übergang von der ersten zur zweiten Stufe	118
2.	Die Urteile des EuGH <i>Van Gend&Loos</i> und <i>Costa/E.N.E.L.</i> : Die künstliche Trennung von Direktwirkung und Vorrangwirkung	121

3. Konsequenz I: Der EuGH wird zum „political player“	124
4. Konsequenz II: Der politische Einigungsprozess wird entbehrlich	125
5. Bewertung der Rechtsprechung: Vorrang und Direktwirkung als bloß eine mögliche Interpretation	126
6. Zusammenfassung	127
II. Die weitere Entwicklung: Unmittelbare Wirksamkeit von Primärrecht und Richtlinien	128
1. Direkte Wirkung von Primärrecht	128
a. Das schrittweise Vorgehen des EuGH	128
b. Politische Verflechtung am Beispiel der Niederlassungsfreiheit	130
2. Unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinien	130
a. Die rechtliche Konstruktion der Direktwirkung von Richtlinien	131
b. Graduelle Ausweitung	132
c. Mangelnde Wahrnehmung der Rechtsprechung in der Rechtswissenschaft	133
d. Der politische Hintergrund: Unabhängigkeit der Gemeinschaft von obstruktiven Mitgliedstaaten	134
III. Staatshaftung der Mitgliedstaaten als Zwangsmittel der Wahl ..	135
C. Fazit	137
 § 6 Der EuGH als pragmatischer „political player“	138
A. Die pragmatische Taktik zur Erreichung der Akzeptanz der zentralen Grundsätze	141
I. Nachvollziehen politisch getroffener vertragswidriger Entscheidungen: kein Kampf auf verlorenem Boden	144
II. Kein Anlass zur Beschwerde für die Mitgliedstaaten in wichtigen Urteilen	145
III. Abschtung bedeutsamer Inhalte: „Salami-Taktik“	146
IV. Sicherung von Zugriffsrechten: „Vorpreschen und späteres Zurückrudern“	147
1. Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit	147
2. Vorabentscheidungsfragen	148
V. Die nur lose Determinationswirkung der Vertragstexte: Ausweitung der Regelungen des EWG-Vertrages	149

VI.	Die Instrumentalisierung von Auslegungsmethoden durch den EuGH, insbesondere der <i>effet utile</i>	151
1.	Die Besonderheiten des Gemeinschaftsrechts: Auswirkungen auf die Methodik.....	152
2.	Die zielgerichtete Instrumentalisierung von Auslegungsmethoden in der Rechtsprechung des EuGH, insbes. der <i>effet utile</i>	155
VII.	Das (Un-)Vermögen eines Gerichtshofes: Die bloß „negative“ Integrationsmöglichkeit.....	158
VIII.	Zusammenfassung	159
B.	Das Paradox der Befolgung von Urteilen des EuGH durch die Mitgliedstaaten	160
I.	Gründe für die Befolgung von EuGH-Urteilen.....	160
1.	Respekt für als unabhängig und neutral geltende Gerichtsurteile	161
2.	Interesse der Mitgliedstaaten am europäischen Integrationsprozess.....	161
3.	Kontrolle des politischen Entscheidungsprozesses durch die Mitgliedstaaten	162
4.	Unterstützung des EuGH durch die nationalen Gerichte	163
5.	Qualität und Autorität der Urteile des EuGH	163
6.	Unkenntnis von den Urteilen des EuGH	164
7.	Bewusste Delegation politischer Verantwortlichkeit an den EuGH (<i>legislative deferrals</i>).....	165
8.	Zusammenfassung	166
II.	Vorschläge zur Änderung im Umgang mit EuGH-Urteilen.....	166
1.	Politische Gestaltungsmöglichkeiten?.....	166
2.	Vorschlag: Differenziertere Rechtsdiskurse	167
C.	Zusammenfassung	168

Dritter Teil. Die Rechtswissenschaft und das Gemeinschaftsrecht.....	169
--	-----

§ 7 <i>Juristische Zeitschriften als „Spiegel“ der Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts in der Rechtswissenschaft</i>	171
--	-----

A. Methodik	171
I. Untersuchte Literatur	172
1. Auswahl der Zeitschriften.....	172
2. Analysemethode.....	174
II. Untersucher Zeitraum	175

B. Quantitative Analyse: Statistische Auswertung der Zeitschriftenaufsätze.....	175
I. Gesamtstatistik	176
1. Ergebnis aller untersuchten Zeitschriften.....	176
2. Gesamttendenz	176
II. Einzelauswertungen	179
1. Allgemeine juristische Zeitschriften	179
2. Öffentlich-rechtliche Zeitschriften.....	181
3. Zivil- und wirtschaftsrechtliche Zeitschriften	184
III. Zusammenfassung der statistischen Ergebnisse.....	186
§ 8 Die rechtswissenschaftliche Befassung mit dem Gemeinschaftsrecht – eine Chronologie der Inhalte	187
A. Die 1950er Jahre.....	187
I. Die Situation fünf Jahre nach Kriegsende	187
1. Die sachliche Misere	187
2. Die personelle Misere.....	188
3. Das deutsche Recht unter dem Grundgesetz.....	188
II. Interessensgebiete	189
III. Gesamttendenz dieser Jahre	192
B. Die 1960er Jahre.....	192
I. Das Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht	193
II. Gemeinschaftsrecht und deutsches Verfassungsrecht	195
III. EuGH: Zwei epochemachende Urteile und ihre (fehlende) Rezeption	196
IV. EWG-Recht	198
C. Die 1970er Jahre.....	200
I. Deutsches Verfassungsrecht und Gemeinschaftsrecht, insbes. <i>Solange I</i>	201
1. Verfassungsprinzipien und EWG-Recht.....	201
2. Deutsche Grundrechte und EWG-Recht: Die <i>Solange I</i> - Entscheidung des 2. Senats des BVerfG	202
a. Die Rechtsprechung des BVerfG zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts	202
b. Die Einschätzung in der Literatur	205
c. Fazit: Die Grundrechtsfrage bleibt wichtig.....	208
II. Einflüsse des EWG-Rechts auf das nationale Recht	209
III. Europäisches Verfassungsrecht	210
IV. Untersuchungen zu Einzelfragen des EWG-Rechts	212
V. EuGH	213

D. 1980er und Anfang der 1990er Jahre: Trendwende in der Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts	214
I. 1980-1987.....	215
1. Zivilrecht.....	215
2. Öffentliches Recht.....	217
3. Relativierung des Befundes im Gesamtkontext	219
II. 1988	221
III. Die Jahre nach 1988.....	222
IV. Zusammenfassung und Ausblick auf die weitere Entwicklung	227
 § 9 <i>Periodisierung und Einordnung der rechtswissenschaftlichen Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts</i>	231
A. Periodisierung der Wahrnehmungsphasen.....	232
I. Die „völkerrechtliche“ Phase	232
II. Das Gemeinschaftsrecht als „Spezialistenmaterie“	233
III. Die Wahrnehmung des Gemeinschaftsrechts als monolithischer Koloss	234
IV. Inzwischen allgegenwärtiger Bezug auf das Gemeinschaftsrecht und Europa.....	235
B. Erklärungsansätze: Gründe für die Wahrnehmung der Europäisierung seit Ende der 1980er Jahre	236
I. Die Umweltverträglichkeitsprüfung als Provokation für das Öffentliche Recht	236
II. Die Einheitliche Europäische Akte als Auslöser?	237
III. Die deutsche Wiedervereinigung macht den Umfang des <i>acquis communautaire</i> deutlich.....	241
IV. Das Maastricht-Urteil des BVerfG: Verspäteter Weckruf für die (Staats)Rechtswissenschaft?	241
C. Die wissenschaftliche Landschaft des Gemeinschaftsrechts	243
I. Wer waren die ersten Gemeinschaftsrechtler?	243
II. Verbindungen der Wissenschaftler untereinander.....	251
1. Forschungszentren in Deutschland.....	251
2. Wissenschaftliche Vereinigungen: „Wissenschaftliche Gesellschaft für Europarecht“ und „Fédération Internationale pour le Droit Européen“ (FIDE) sowie Vernetzung in Fachzeitschriften	252
 § 10 <i>Europäisierung der Juristenausbildung: Die Kenntnis deutscher Juristen vom Gemeinschaftsrecht</i>	254
A. Die Anfänge des Gemeinschaftsrechts im Rechtsunterricht in den 1950er Jahren.....	257
B. Zunahme gemeinschaftsrechtlicher Inhalte in den 1960er Jahren	258

C. Das Jahrzehnt der Reformen und ihre Auswirkungen auf das Gemeinschaftsrecht: Die 1970er Jahre	261
I. Die normativen Vorgaben für die Juristenausbildung	262
II. Das Lehrangebot im Gemeinschaftsrecht	268
III. Die Examensrelevanz des Gemeinschaftsrechts	275
IV. „Einzug des Gemeinschaftsrechts an den Fakultäten“	275
D. Die Lage in den 1980er Jahren.....	276
I. Das bis Mitte der 1980er Jahre unveränderte System der 1970er Jahre	276
II. Die durch das 3. Änderungsgesetz zum Deutschen Richtergesetz 1984 angestoßenen Reformen	278
III. „Alles beim Alten“	282
E. Die Lage in den 1990er Jahren.....	283
I. Die Reformdiskussion 1990.....	283
II. Das Lehrangebot in den 1990er Jahren.....	286
III. Bewusstseinswandel zu Beginn der 1990er Jahre	290
F. Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung des Rechtsunterrichts seit der Jahrtausendwende	291
I. Die Juristenausbildungsreform von 2002	291
II. Die Rolle des Gemeinschaftsrechts im gegenwärtigen Rechtsunterricht: Die neuen Schwerpunktbereiche an den Universitäten	292
III. Fazit: Das Gemeinschaftsrecht ist endgültig im Rechtsunterricht angekommen.....	298
G. Zusammenfassung	298

Vierter Teil. Die Europäisierung der drei Gewalten.....301

§ 11 Europäisierung der Legislative..... 304

A. Zahlenspiele: Überregulierungsklage und 80-Prozent-Mythos	309
I. Jacques Delors im Jahre 1988: 80 %	309
II. Roman Herzog und Lüder Gerken im Jahre 2007: 84 %.....	311
III. Die Bedeutung empirisch belegter Zahlen.....	312
B. Statistische Befunde: Umsetzungsakte des deutschen Gesetzgebers..	313
I. Allgemeine Entwicklung.....	314
II. Speziell: Die 15. Wahlperiode	318
C. Grenzbereiche der quantitativen Messung: Alternative Ansätze und Einschränkungen.....	320
I. Außerachtlassung von Rechtsverordnungen als Umsetzungsrechtsetzung	321
II. Außerachtlassung gemeinschaftsrechtlicher Verordnungen	321
III. Die sog. „Non-Decisions“	322

IV.	Die Notwendigkeit qualitativer Bewertung:	
	Nicht alle Gesetze sind gleich wichtig	323
V.	Beschränkung der Analyse auf die Bundesebene?	325
VI.	Messung von Kompetenzübertragungen statt realen Gesetzgebungsakten: Wirklich eine Alternative?	326
VII.	Fazit: Große Schwierigkeiten quantitativer Ansätze	328
D.	Reaktionen des Deutschen Bundestages	
	auf die zunehmende Europäisierung	329
I.	Allmähliche institutionelle Veränderungen:	
	Historischer Abriss	330
	1. Die ersten Jahrzehnte: Zaghafte Versuche	330
	2. Zunehmende Bedeutung der Europapolitik in den 1990er Jahren	332
	3. Gremienbildung seit den 1990er Jahren	332
	a. Der EG-Ausschuss	332
	b. Der EU-Ausschuss	333
	4. Die parlamentarische Behandlung von EG-Vorlagen	335
	5. Fazit zu den institutionellen Reaktionen des Bundestages auf die Europäisierung	335
II.	Informelle Einflussnahme	336
	1. Auf die Bundesregierung: Fraktionsarbeitsgruppen	336
	2. Informelle Informationssammlung: Kontakte zur europäischen Ebene	336
	3. Persönliche Kontakte: „Euro-Füchse“	336
	4. <i>Conférence des organes spécialisés dans les affaires communautaires</i> (COSAC)	337
	5. Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft	337
	6. Fazit zur informellen Mitsteuerung der Europapolitik	338
III.	Der Deutsche Bundestag als „Subsidiaritätswächter“	338
IV.	Fazit	340
E.	Änderungen der Gesetzgebungstechnik	341
I.	Wandel der Gesetzgebung:	
	Konsequenzen der europäischen Integration	341
II.	Die generelle Bezugnahme auf Gemeinschaftsrecht	344
F.	Zusammenfassung	345
I.	Ergebnis der quantitativen Untersuchung	345
II.	Ergebnis der historischen Untersuchung	346
III.	Europäisierung der Gesetzgebungstechnik	348
§ 12	<i>Europäisierung der (Ministerial)Verwaltung</i>	349
A.	Historische Perspektive: Organisatorische Europäisierung der Ministerialverwaltung auf Bundesebene	354

I.	Die Anfänge: Bundeswirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt – nicht nur ein Kampf um Kompetenzen	354
1.	Die späte Wiederherstellung des deutschen Auswärtigen Amtes	355
2.	Der Gegensatz zwischen <i>Adenauer</i> und <i>Erhard</i> in der Europapolitik.....	355
3.	<i>Adenauers</i> Entscheidung über den Kompetenzkonflikt im Oktober 1957.....	356
4.	Die „Abteilung E“ im Bundeswirtschaftsministerium	357
II.	Der Staatssekretärausschuss für Europafragen	359
III.	Chronologie: Die Einrichtung von Europaabteilungen in den Bundesministerien.....	361
IV.	Zusammenfassende Beobachtungen	370
B.	Die gegenwärtige Lage: Daten und Interpretationen	371
I.	Die Fakten in Deutschland.....	371
II.	Übergang zu einer staatenübergreifenden Verwaltung?	374
C.	Der deutsche öffentliche Dienst.....	376
I.	Aus- und Weiterbildung.....	377
II.	Mitarbeit deutscher Beamtinnen und Beamten in europäischen Institutionen	378
III.	Personeller Austausch mit anderen Mitgliedstaaten.....	380
IV.	Zusammenfassung	381
D.	Zusammenfassung	382
§ 13	<i>Europäisierung der Justiz</i>	384
A.	Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens für die nationale Rechtsordnung: Konsequenzen für die Gewaltenteilung	386
I.	Rechtsprechung des EuGH zum Umgang nationaler Gerichte mit dem Vorabentscheidungsverfahren: <i>Simmenthal II</i>	387
II.	Das <i>Quelle</i> -Verfahren des BGH als Beispiel der Brisanz des Vorlageverfahrens für die innerstaatliche Gewaltenteilung	390
1.	Art. 20 Abs. 3 GG, das Gemeinschaftsrecht und die Kommentierungen.....	391
2.	Das <i>Quelle</i> -Verfahren.....	393
3.	Fazit: Die Lehren des <i>Quelle</i> -Verfahrens.....	398
III.	Die Rechtsprechung des BVerfG zum Vorabentscheidungsverfahren	398
IV.	Gründe für die mangelnde analytische Durchdringung seitens der Rechtswissenschaft: Ein „blinder Fleck“	400
B.	Der „politische“ Umgang mit dem Vorabentscheidungsverfahren.....	404
I.	Einerseits: Großzügige Zulässigkeit von Vorabentscheidungsvorlagen durch den EuGH	404
1.	Erneute Vorlage bereits beantworteter Fragen	404

2. Zulässigkeit trotz „unkorrektter Fragestellung“	405
II. Andererseits: Versuche, Vorlagen deutscher Gerichte zu verhindern	406
1. Faktische Verhinderung der Vorlage durch Klaglosstellung	407
2. Vorlagebefugnis nur für letztinstanzliche Gerichte?	407
3. <i>Acte-clair</i> -Doktrin	408
III. Zusammenfassung	409
C. Deutsche Vorlagen an den EuGH: Vorlagebeschlüsse deutscher Gerichte	409
I. Allgemeine Statistik	410
II. Beteiligung der verschiedenen deutschen Gerichtszweige	413
1. Finanzgerichtsbarkeit	415
a. Zahlen	415
b. Der Konflikt zwischen BFH und EuGH Mitte der 1980er Jahre	415
2. Verwaltungsgerichtsbarkeit	417
3. Ordentliche Gerichtsbarkeit	418
4. Sozialgerichtsbarkeit	419
5. Arbeitsgerichtsbarkeit	420
III. Befolgung der Vorabentscheidungen des EuGH	421
D. Interpretation der statistischen Befunde:	
Warum kooperieren die deutschen Gerichte mit dem EuGH?	422
I. Besondere Vorlagefreudigkeit der deutschen Richterschaft?	422
II. Gründe für die Vorlagebereitschaft deutscher Gerichte	423
1. Faktische Voraussetzungen für Vorlagebeschlüsse deutscher Gerichte	423
a. Bekanntheitsgrad des Vorabentscheidungsverfahrens	423
b. Ausstattung der Gerichtsbibliotheken	424
c. Bedeutung des Gemeinschaftsrechts in der Ausbildung ...	425
d. Allgemeine Berichterstattung über das Gemeinschaftsrecht	426
2. Bedeutung der Anwaltschaft für die Einleitung von Vorabentscheidungsverfahren	426
3. Intrinsische Faktoren	426
a. Gewöhnung durch Art. 100 GG	427
b. Umgehung des Instanzenzuges	427
4. Gründe für Nicht-Vorlage	428
E. Zusammenfassung	428

Fünfter Teil. Theoretischer Rahmen und Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts..... 431

§ 14 *Notwendigkeit neuer theoretischer Konzepte und Charakterisierung des Verbundes von nationalem und gemeinschaftlichem Recht als föderale Ordnung* 432

- A. „Supranationalität“ als historisches und völkerrechtliches Novum 433
 - I. Supranationalität als neuer Begriff
für das neuartige Konzept der Montanunion..... 433
 - II. Das „Erlernen“ von Supranationalität
am Beispiel der Montanunion 434
 - III. Die Flankierung der Supranationalität
durch föderale Elemente in der EWG..... 435
- B. Die Kontroverse um einen „Verlust an Souveränität“
als Beleg für die Notwendigkeit neuer begrifflicher Konzepte 437
 - I. Der Begriff der „Souveränität“..... 437
 - II. Historischer Hintergrund: Die junge Bundesrepublik
kehrt in die internationale Staatengemeinschaft zurück 439
 - III. Fazit: Die Notwendigkeit neuer theoretischer Konzepte
für das Neuartige 441
 - IV. Zwei Lösungswege: Schaffung neuer Begrifflichkeiten oder
Umformung überkommener Begrifflichkeiten..... 443
 - 1. Bei neuen Begrifflichkeiten herrscht „Begriffswettbewerb“. 444
 - 2. Notwendige Fortbildung überkommener Begrifflichkeiten .. 446
- C. Die europäische Integrationsgemeinschaft als föderale Ordnung..... 448

§ 15 *Systematisierung der Einwirkungsmechanismen des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht* 451

- A. Drei grundlegende Einwirkungsmechanismen
in der europäischen föderalen Ordnung..... 452
 - I. „Umsetzungsrecht“: Nationale Umsetzung materiellen
Gemeinschaftsrechts 455
 - II. „Durchsetzungsrecht“: in Fällen mangelhafter Umsetzung
und Anwendung..... 455
 - III. Ungesteuerte Anpassungsprozesse 456
- B. Umsetzung materiellen Gemeinschaftsrechtes 457
 - I. Unterscheidung nach der Natur des Gemeinschaftsrechtsaktes? 457
 - II. Unterscheidung nach Einwirkungsintensität..... 458
 - 1. Veränderung von Grenzwerten 459
 - 2. Gemeinschaftsrechtliche Regelung
eines ganzen Rechtsgebiets..... 459
 - 3. Einführung neuer Rechtskonzeptionen..... 461

C. Das föderale Bedürfnis nach einem „Durchsetzungsrecht“.....	463
I. Das typisch föderale Kontrollbedürfnis.....	464
1. Die mitgliedstaatliche Ausführung des Gemeinschaftsrechts.....	464
2. Die aus Sicht der Gemeinschaft obstruktiven Tendenzen der Mitgliedstaaten.....	465
3. Das Bedürfnis nach Kontrolle der einheitlichen Wirkung des „föderalen Rechtes“ in föderalen Ordnungen.....	465
II. Die zentrale Bedeutung des EuGH für die Überwachung der Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts.....	467
1. Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für die innerstaatliche Wirkung des Gemeinschaftsrechts durch die Rechtsprechung des EuGH.....	468
2. Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch den EuGH.....	468
a. Vertragsverletzungsverfahren.....	468
b. Vorabentscheidungsverfahren.....	469
3. Hauptargumentationstopos: <i>Effet utile</i>	470
III. Charakteristika von „Durchsetzungsrecht“.....	470
1. Notwendigkeit für „Durchsetzungsrecht“ nur bei Fehlverhalten der Mitgliedstaaten.....	471
2. „Durchsetzungsrecht“ als Einzelfallrecht.....	471
3. „Durchsetzungsrecht“ als Recht des EuGH.....	471
4. Regelmäßige Friktionen mit dem nationalen Rechtssystem..	471
IV. Beispiel: Rücknahme gemeinschaftswidriger Subventionen – Umbau des nationalen Verwaltungs- verfahrensrechts?.....	472
1. Die ältere Rechtsprechung des EuGH zu Vertrauensschutz und Rücknahme von Verwaltungsakten, insbes. Beihilfen ...	473
2. Die <i>Alcan</i> -Entscheidung.....	475
3. Zwei verschiedene Interpretationen von § 48 VwVfG?.....	478
D. Ungesteuerte Anpassungsprozesse.....	480
I. Vertikale Anpassung: „Fernwirkungen“ des Gemeinschaftsrechts.....	480
1. „Überschießende“ Umsetzung von Richtlinien.....	481
2. Gemeinschaftliches <i>soft law</i>	482
3. Vorbildfunktion gemeinschaftsrechtlicher Regelungen.....	482
II. Horizontale Anpassung: Zunehmende Rechtsvergleichung.....	482
III. Vertikal-horizontale Anpassung: Zwischenformen.....	483
1. Das Prinzip gegenseitiger Anerkennung.....	483
2. Regulativer Wettbewerb: „Wettbewerb der Rechtsordnungen“.....	484
E. Zusammenfassung.....	484

Sechster Teil. Das europäisierte deutsche Recht	487
§ 16 Die zentralen Ergebnisse dieser Arbeit.....	488
A. Europäisierung als juristische statt politischer Integration.....	488
B. Europäisierung als unbeobachteter Prozess	490
§ 17 Das europäisierte deutsche Recht	492
A. Komplementarität	492
B. Reziprozität	493
C. Rekonstruktion der deutschen als mitgliedstaatliche Rechtsordnung ..	494
§ 18 Der Umgang mit dem europäisierten deutschen Recht	495
A. Einsicht in die derzeitige Unumkehrbarkeit der Europäisierung	496
B. Unaufgeregte, aber kritische Begleitung der Entwicklung von Gemeinschafts- und EU-Recht.....	497
C. Einflussnahme auf die weitere Entwicklung des Gemeinschaftsrechts.....	498
Literaturverzeichnis	501
Entscheidungsregister	566
Sach- und Personenregister	574